

Unterbeschäftigung

Juni 2015 929.649 Die Zahl der Unter-
Mai 2015 935.334 beschäftigten im engeren Sinne
April 2015 944.185 enthält all jene Personen, die
Juni 2014 949.116 faktisch arbeitslos sind, aber
zum Zeitpunkt der statistischen Erfassung nicht als
Arbeitslose gezählt wurden, weil sie z.B. an einer
arbeitsmarktpolitischen Maßnahme teilnahmen oder
krankgeschrieben waren. Sie ist daher die ehrlichere
Arbeitslosenzahl. Im Vergleich zum Vorjahresmonat ist die
Zahl der Unterbeschäftigten im Juni 2015 um 2,1 Prozent
auf 929.649 gesunken.

Langzeitarbeitslosigkeit

Juni 2015 325.442 Im Juni 2015 gab es 325.442
Mai 2015 325.176 Langzeitarbeitslose. Das
April 2015 327.154 entspricht 43,8 Prozent aller
Juni 2014 333.593 Arbeitslosen. Gegenüber dem
Vorjahresmonat ist die Zahl der Langzeitarbeitslosen um
2,4 Prozent gesunken. Als langzeitarbeitslos gelten
Personen, die ein Jahr und länger arbeitslos gemeldet sind.
Weil die Dauer der Arbeitslosigkeit jedoch unter anderem
nach der Teilnahme an einer Maßnahme wieder von vorne
gezählt wird, unterzeichnet die offizielle Zahl das wahre
Ausmaß der Langzeitarbeitslosigkeit.

SGB-II-Hilfequote

Juni 2015 11,9 % Die SGB-II-Hilfequote beziffert
Mai 2015 11,8 % den Anteil der Hartz-IV-
April 2015 11,8 % Empfänger an der
Juni 2014 11,6 % Gesamtbevölkerung bis zur
Regelaltersgrenze. Im Juni 2015 lag sie in NRW bei 11,9
Prozent. Damit war etwa jeder Neunte abhängig von
Hartz-IV-Leistungen. Zudem leben in NRW 19,1 Prozent aller
Kinder unter 15 Jahren von Hartz IV.

Der **Arbeitslosenreport NRW** berichtet regelmäßig von
den Entwicklungen am Arbeitsmarkt in Nordrhein-
Westfalen. Jede Ausgabe greift ein Schwerpunktthema
auf. Zentrale Kennzahlen zu Unterbeschäftigung,
Langzeitarbeitslosigkeit und Hilfequoten werden
langfristig beobachtet und mit jeder Ausgabe konstant
fortgeschrieben.

Der Arbeitslosenreport NRW ist ein Kooperationsprojekt
der Freien Wohlfahrtspflege NRW und dem Institut für
Bildungs- und Sozialpolitik (IBUS) der Hochschule
Koblenz.

Freie Wohlfahrtspflege NRW

Claudia Zebandt, Pressesprecherin
c/o DRK-Landesverband Westfalen-Lippe e.V.
Sperlichstraße 25, 48151 Münster
Tel.: 0251 9739-291
E-Mail: presse@freiewohlfahrtspflege-nrw.de
www.freiewohlfahrtspflege-nrw.de

Institut für Bildungs- und Sozialpolitik (IBUS)

Hochschule Koblenz, RheinAhrCampus Remagen
Joseph-Rovan-Allee 2, 53424 Remagen
E-Mail: ibus@hs-koblenz.de
www.hs-koblenz.de/ibus

Alle Ausgaben des Arbeitslosenreports NRW sowie
Datenblätter mit regionalen Zahlen können im Internet
auf www.arbeitslosenreport-nrw.de heruntergeladen
werden. Quelle der Daten ist das Statistikangebot der
Bundesagentur für Arbeit.

Arbeitslosenreport NRW

2/2015

Öffentlich geförderte Beschäftigung

Auf einen Blick

Verfestigter Leistungsbezug

Die Zahl der Hartz-IV-Empfänger hat in den letzten
Jahren zugenommen. Mehr als zwei Drittel von ihnen
zählen zudem zu den Langzeitleistungsbeziehern.

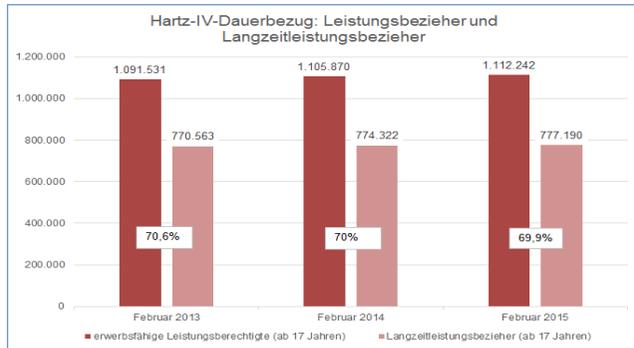
Geförderte Beschäftigung

Immer weniger Menschen nehmen an Maßnahmen
der öffentlich geförderten Beschäftigung teil.

Haushaltsumschichtungen

Die Jobcenter erhalten vom Bund immer weniger Geld
zur Finanzierung der arbeitsmarktpolitischen
Maßnahmen. Zusätzlich verwenden sie Teile des
schrumpfenden Budgets, um daraus ihre
Verwaltungskosten zu decken.

Verfestigter Leistungsbezug



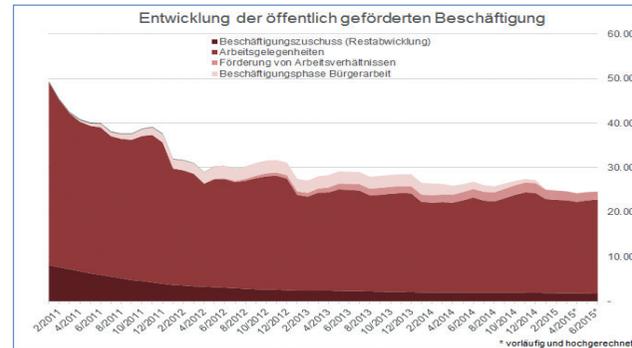
Kaum Ausweg aus dem Hartz-IV-Bezug

Die Zahl der erwerbsfähigen Hartz-IV-Empfänger hat in den letzten Jahren zugenommen. Von der positiven Entwicklung am Arbeitsmarkt konnten sie kaum profitieren.

Zudem sind rund 70 Prozent der Hartz-IV-Empfänger Langzeitleistungsbezieher. Im Februar 2015 bezogen über 1,112 Millionen Menschen über 17 Jahren Leistungen aus der Grundsicherung für Arbeitsuchende, 777.000 von ihnen waren in den letzten 24 Monaten mindestens 21 Monate hilfebedürftig. Ihnen fällt der Ausweg aus der Grundsicherung besonders schwer.

Zwischen Februar 2013 und Februar 2015 ist die Zahl der Langzeitleistungsbezieher von 770.563 auf 777.190 Personen gestiegen.

Geförderte Beschäftigung



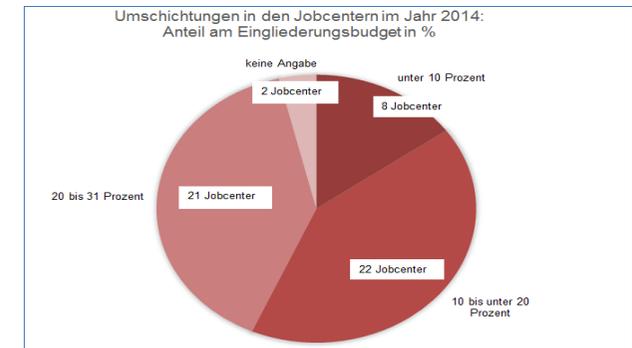
Immer weniger Maßnahmen öffentlich geförderter Beschäftigung

Personen, deren Chancen auf dem Arbeitsmarkt sehr gering sind, können an Maßnahmen der öffentlich geförderten Beschäftigung (ögB) teilnehmen. Doch das Angebot ist enorm rückläufig. Im Juni 2015 wurden nach vorläufigen und hochgerechneten Daten nur noch rund 24.600 Menschen mit einer ögB-Maßnahme gefördert. Im Juni 2011 waren es noch 40.000 Menschen. Das entspricht einem Rückgang von rund 38 Prozent.

Die Arbeitsgelegenheiten in der Mehraufwandsvariante („Ein-Euro-Jobs“) stellen mit einem Anteil von 86 Prozent den Großteil der Maßnahmenplätze. Sozialversicherungspflichtige Formen der öffentlich geförderten Beschäftigung wie der ehemalige Beschäftigungszuschuss beziehungsweise sein Nachfolgeinstrument, die Förderung von Arbeitsverhältnissen, spielen nur eine geringe Rolle (14 Prozent).

Bei besonders benachteiligten Personengruppen erhöhen die Maßnahmen der öffentlich geförderten Beschäftigung die Chancen auf Integration in den Arbeitsmarkt. Studien zeigen, dass die Teilnehmenden es vor allem schätzen, wieder etwas Sinnvolles zu tun und unter Menschen zu kommen.

Haushaltsumschichtungen



Jobcenter verwenden immer mehr Eingliederungsmittel für die Verwaltung

Die Gelder, die den Jobcentern für die Finanzierung von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen zur Verfügung stehen, sind in den letzten Jahren massiv gekürzt worden. 2014 standen nur noch rund 924 Millionen Euro zur Verfügung. 2011 waren es noch mehr als 1,1 Milliarden Euro. Das entspricht einem Rückgang von etwa 16 Prozent.

Zusätzlich schichten die einzelnen Jobcenter zunehmend Gelder aus ihrem Eingliederungs- in den Verwaltungsetat um, denn diese sind gegenseitig deckungsfähig. 2014 wurden 15 Prozent der Mittel umgeschichtet, 2011 waren es erst sechs Prozent.

2014 entnahmen insgesamt 21 der 53 Jobcenter (40 Prozent) 20 bis maximal 31 Prozent der Mittel aus dem Eingliederungsbudget, um damit Verwaltungsausgaben zu finanzieren. 22 Jobcenter beziehungsweise 42 Prozent verwendeten 10 bis unter 20 Prozent des Eingliederungsbudgets für ihre Verwaltungskosten. Bei nur acht Jobcentern (15 Prozent) blieb der Umschichtungsanteil unter 10 Prozent. Kein Jobcenter nutzte den gesamten Eingliederungsetat für seinen eigentlichen Zweck oder verwendete Verwaltungsgelder, um daraus arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zu finanzieren.